

# DER TAGESSPIEGEL

Berichte, Tabellen, Analysen  
zur Bundestagswahl  
Seite 2-5

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon-Sammelnummer 26 93-1 / Fernschreiber 01 83 773 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Bankkonten: Berliner Disconto Bank, Berliner Bank, Bank für Handel und Industrie, Berliner Commerzbank, Sparkasse der Stadt Berlin West, Postcheck-Konto: Berlin West 105 / Bonner Redaktion: 53 Bonn, Pressehaus 1, Telefon 22 78 45 und 22 14 14 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 7,20 DM, durch die Post 8,30 DM mtl. (einschl. 5,5 % MwSt) / Erscheinungsweise: tgl. außer nach Sonn- u. Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen d. höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 19 / Erfüllungsort u. Gerichtsstand Berlin-Tempelhof

Nr. 8267 / 28. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 21. NOVEMBER 1972

30 Pf A 6622 A

## Brandt plant schnelle Regierungsbildung nach dem klaren Wahlsieg der Koalition

SPD wurde zum erstenmal stärkste Partei in der Bundesrepublik - Der Opposition Gespräch noch vor der ersten Parlamentssitzung angeboten - Kanzlerwahl für den 14. Dezember vorgesehen  
Einen Tag später Vorstellung des Kabinetts - FDP erwartet stärkere Regierungsbeteiligung

Von unserem Bonner Büro

kl. Bonn. Auf der Grundlage des überraschend klaren Wahlsieges der bisherigen Regierungsparteien SPD und FDP will Bundeskanzler Brandt sobald wie möglich die neue Regierung bilden. Am 18. Januar will er vor dem Bundestag zum Auftakt einer dreitägigen Debatte eine umfassende Regierungserklärung abgeben. Eine Reihe besonders dringlicher Punkte will Brandt bereits bei der Regierungsbildung nennen.

Gestern bot Brandt dem CDU-Vorsitzenden Barzel brieflich sachliche Zusammenarbeit an und schlug ihm ein ausführliches Gespräch noch vor Zusammenritt des neuen Bundestages vor. Vor dem SPD-Vorstand nannte Brandt die Mitglieder der SPD-Kommission, die unter seiner Führung die Koalitionsverhandlungen mit der FDP führen soll: Möller, Wienand, Wehner, Schmidt, Leber und Kühn. Die SPD hatte am Sonntag ihren größten Wahlsieg in der Geschichte der Bundesrepublik errungen und erstmals die CDU/CSU überflügelt.

Nach Brandts Ausführungen wird folgender Terminplan angestrebt: Am 13. Dezember konstituierende Sitzung des neuen Bundestages, am 14. Dezember vormittags Kanzlerwahl, am 15. Dezember vormittags Vereidigung des neuen Bundeskabinetts, am 20. Dezember Verabschiedung des Etats 1972, der im Bundestag neu eingebracht werden muß. Als Alterspräsident wird voraussichtlich der frühere Bundeskanzler Erhard die konstituierende Sitzung des neuen Bundestages eröffnen. In der neuen Legislaturperiode wird möglicherweise erstmals eine Frau Parlamentspräsidentin sein. Brandt regte gestern entsprechende Überlegungen an. Aus den Reihen der Koalition kämen dafür vor allem Katharina Focke (SPD) und Liselotte Funcke (FDP) in Frage, da Annemarie Renger (SPD) dem Vernehmen nach nicht interessiert ist. Bisher wurde der Bundestagspräsident stets aus den Reihen der stärksten Fraktion gewählt (bisher CDU/CSU, nunmehr SPD).

Die Führungsgremien der im Bundestag vertretenen Parteien zogen gestern ihre Bilanz des Wahlausgangs. Der CDU-Generalsekretär Kraske bekräftigte nach einer Sitzung von Präsidium und Vorstand den Willen der CDU unter Führung Barzels die bisherige Politik fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Barzel, der nach den Worten des CDU-Vorsitzenden Strauß „Nummer eins“ der CDU/CSU bleiben soll, stellte vor den Gremien fest, daß die Union ihr Wahlziel verfehlt habe. Bundeskanzler Brandt nannte das Abscheiden der SPD vor dem Parteivorstand den „größten Wahlerfolg in der Geschichte der SPD“. Die Freien Demokraten, deren Präsidium sich unter dem Vorsitz von Außenminister Scheel mit dem Wahlergebnis befaßte, wollen morgen ihren Kurs für die Koalitionsverhandlungen festlegen.

An Personalentscheidungen steht, wie Brandt ankündigte, bisher fest, daß Wehner wieder für den SPD-Fraktionsvorsitz kandidieren will. Schmidt will als „erster Mann der SPD im Kabinett von Willy Brandt“ weiter mitarbeiten. Der bayerische SPD-Vorsitzende Vogel soll ein Ministeramt erhalten, während Börner weiterhin Bundesgeschäftsführer der SPD bleiben will.

Es wird damit gerechnet, daß die FDP-Minister Scheel (Auswärtiges), Genscher (Inneres) und Ertl (Landwirtschaft und Forsten) ihre Ämter behalten. Dasselbe gilt von den SPD-Ministern Leber (Verteidigung), Eppler (Entwicklungshilfe) und Arendt (Arbeit und Sozialordnung). Das unter Schiller zusammengeführte Superministerium für Wirtschaft und Finanzen dürfte geteilt werden. Das Finanzministerium, mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet, möchte Helmut Schmidt (SPD) behalten.

Die FDP wird eventuell als viertes Ressort das Wirtschaftsministerium wünschen. In diesem Zusammenhang werden Frau Funcke, der bisherige Parlamentarische Staatssekretär Ehmke, der Abgeordnete Kirst und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer genannt, der dem Vernehmen nach jedoch in Düsseldorf bleiben will. Geteilt werden soll auch das unter Lauritzen vereinigte Ministerium. Dabei will Lauritzen das Ressort Verkehrswesen und Post behalten und das Wohnungsbauministerium an einen Fraktionskollegen abgeben. Hier sind der bisherige Parlamentarische Staatssekretär Ravens und Vogel im Gespräch. Als neue Gesundheitsministerin für die aus der Bonner Politik ausscheidende Frau Strobel wird die bisherige Parlamentarische Staatssekretärin Focke genannt.

Im Kanzleramt könnte es zu einem interessanten Wechsel kommen. Entgegen seinen eigenen Äußerungen hat nämlich der bisherige Staatssekretär Bahr Aussichten, Nachfolger Ehmkes als Minister im Kanzleramt zu werden. Ehmke könnte dann das Justizressort übernehmen, dessen bisheriger Chef Jahn in das Bundestagspräsidium überwechseln soll.

### Börse über das Wahlergebnis leicht verstimmt

Frankfurt a. M. (ddp). Leicht verstimmt reagierten die deutschen Wertpapierbörsen gestern auf den Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition. Die Kursrückgänge hielten sich jedoch in relativ engen Grenzen. In Börsenkreisen wurde betont, man sehe der weiteren Entwicklung mit einem „nüchternen Realismus“ entgegen. Man wolle erstmal die Regierungserklärung abwarten. (Siehe auch Seite 14)



Den Dank an die Wähler und den Willen zur Fortsetzung ihrer Koalition bekundeten Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel in der Wahlnacht in Bonn, nachdem der Sieg der sozial-liberalen Koalition sicher war. AP-Fotofax

## Finland will bald beide deutsche Staaten anerkennen

In Kürze Notizen an die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin

Helsinki (AP). Die finnische Regierung hat grundsätzlich beschlossen, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR anzuerkennen, wie der finnische Außenminister Karjalainen am Sonntag mitteilte. Dieser Beschluß werde den beiden deutschen Regierungen in Kürze notifiziert werden.

In einer Presseerklärung erklärte Karjalainen, der Austausch von Botschaftern werde zurückgestellt, bis die Reaktion der beiden Regierungen und das Ergebnis der gegenwärtigen Gespräche mit der Bundesregierung vorliege. Finnland und die DDR haben bereits ein vorläufiges Abkommen über die Aufnahme von Beziehungen paraphrasiert. Die Gespräche mit der Bundesrepublik zielen auf eine ähnliche Vereinbarung ab.

In einem amtlichen Kommuniqué des finnischen Außenministeriums hieß es am Sonntag: „Es ist offensichtlich, warum wir unsere Entscheidung in der Frage der Anerkennung gerade an diesem Tag, dem Tag der Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlichten. Diesen Wahlen wird allgemein internationale Bedeutung zugeschrieben. Es hat Spekulationen über die Auswirkung der Wahlkampagne und des Wahlergebnisses auf die Deutschlandpolitik verschiedener Staaten gegeben. Indem wir die Entscheidung hinsichtlich der Anerkennung am Wahltag veröffentlichten, hoffen wir, zwei Fehlinterpretationen der finnischen Außenpolitik auszusräumen: daß Finnlands Entscheidung die Wahlen beeinflussen und daß das Wahlergebnis sich auf unsere Entscheidung auswirken würde.“

Das Kommuniqué wurde exakt um 18 Uhr, dem Zeitpunkt der Schließung der Wahllokale in der Bundesrepublik, veröffentlicht. Die Handelsvertretungen der Bundesrepublik und der DDR in Helsinki waren von der Absicht der finnischen Regierung unterrichtet worden.

### Stellungnahme Bonns

Das Auswärtige Amt hat gestern zu verstehen gegeben, daß sich in den Verhandlungen mit Finnland über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Frage einer gegenseitigen Anerkennung für beide Seiten nicht stelle. Mit dieser Äußerung distanzierte sich ein Sprecher offenbar aus völkerrechtlichen Gründen und im Hinblick auf das besondere Verhältnis zur DDR von der Mitteilung des finnischen Außenministers Karjalainen, daß Finnland in Kürze beiden deutschen Staaten die Anerkennung förmlich notifizieren werde.

Wie der Sprecher sagte, gibt es bereits viele amtliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen Finnland und der Bundesrepublik, weshalb sich die Frage der Anerkennung nicht mehr stelle.

### Auch Gespräche Stockholm-Ost-Berlin

Stockholm (dpa). In Stockholm wurde es gestern für möglich gehalten, daß die Gespräche

zwischen Schweden und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen schon in dieser Woche beginnen werden. Ein Sprecher des Außenministeriums teilte allerdings mit, daß beide Seiten bisher noch keine Kontakte darüber aufgenommen hätten. Außenminister Wickman hatte am Sonntag angekündigt, daß Schweden die DDR noch vor dem Jahreswechsel anerkennen werde.

### Aufforderung an Frankreich

Berlin (ddp). Die DDR hat Frankreich aufgefordert, normale staatliche Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen. Das SED-Politbüromitglied Mittag erklärte in einem gestern veröffentlichten Interview mit der Ostberliner Zeitschrift „Die Wirtschaft“, nur in einem solchen Fall könnten sichere und stabile Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Frankreich entwickelt werden. Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Gleichberechtigung würden auch den Weg für eine Zusammenarbeit in Wissenschaft, Kultur, Sport und auf anderen Gebieten freimachen.

### Exekutivrat der UNESCO befürwortet Aufnahme der DDR

Paris (dpa). Einstimmig haben die 34 Mitglieder des Exekutivrates der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gestern die Aufnahme der DDR in diese Organisation befürwortet. Endgültig wird die Generalkonferenz heute in ihrer Abschlusssitzung über den Antrag entscheiden, den Ost-Berlin gestern, einen Tag nach den Bundestagswahlen, gestellt hatte. In Paris gilt als sicher, daß die Generalkonferenz sich der Empfehlung des Exekutivrates anschließen wird. Damit wird die DDR zum ersten Male offiziell in einer UNO-Unterorganisation vertreten sein. Sie wird das 131. Mitglied der UNESCO sein. Die Bundesrepublik gehört der UNESCO seit 1951 an.

### Bald auch Beobachterstatus

New York (dpa). Die DDR wird voraussichtlich noch vor Weihnachten mit einem ständigen Beobachter bei den Vereinten Nationen vertreten sein. Wie dpa gestern aus UNO-Kreisen erfuhr, will Ost-Berlin UNO-Generalsekretär Waldheim in den nächsten Tagen ersuchen, der DDR den Beobachterstatus zu gewähren. Ein Sprecher Waldheims erklärte dazu, der Generalsekretär werde ein entsprechendes Gesuch der DDR befürworten, wenn dem Antrag Ost-Berlins auf Aufnahme in die UNO-Sonderorganisation UNESCO in dieser Woche zugestimmt wird.

### Unsere Meinung:

#### Historischer Einschnitt

J. B. Der 19. November 1972 signalisiert einen historischen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik. Es handelt sich nicht nur um einen Wahlsieg, den eine Partei oder eine Koalition errungen hat; wir haben es vielmehr mit einer Umstrukturierung der Parteienlandschaft und damit der innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu tun. Außerlich zeigt sich das daran, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die SPD die stärkste Partei im Bundestag geworden ist. Hätten nicht zugleich so viele Wähler, die einem SPD-Kandidaten in ihrem Wahlkreis ihre Erststimme gaben, der FDP die Zweitstimme gewährt, so wäre in einem Zweiparteien-System die SPD sogar mit absoluter Mehrheit im Bundestag aus diesen Wahlen hervorgegangen. Umgekehrt zeigt sich daran aber auch, daß wir es nicht nur mit einem zufälligen Schwanken in des Wählers Gunst zu tun haben. Gewonnen haben diese Wahlen, nicht nur arithmetisch, sondern auch psychologisch, die SPD und die FDP gemeinsam. Das heißt, es steht jetzt der Parteigruppierung CDU/CSU, die solange die Geschicke der Bundesrepublik bestimmte, in der Form der Koalition SPD/FDP eine andere, im Augenblick bevorzugte politische Kräftegruppierung gegenüber. Damit ist „Adenauers Bundesrepublik“ tot — an deren Stelle tritt eine Bundesrepublik, die durch die Namen Brandt und Scheel charakterisiert wird, wobei deren Projektion auf den geschichtlichen Horizont zunächst noch nicht vollständig sichtbar ist.

Die Antwort auf die Frage, warum es dazu gekommen ist, verdient abseits aller noch so gekonnten Wahlanalysen der Soziologen einen geschichtlichen Rückblick. Adenauer errang seinen größten Wahlerfolg, als er, als der Kanzler, der die Bundesrepublik in das westliche Bündnis eingebracht hatte, auch nach Moskau gefahren war, diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion angeknüpft und die Kriegsgefangenen zurückgebracht hatte. Er war 1955 in Moskau; 1957 errangen CDU und CSU mit 50,2 Prozent ihren höchsten Stimmenanteil. Brandt, obwohl er unter veränderten Umständen eine völlig andere Politik als Adenauer betreibt, folgt in einer Hinsicht jedoch ganz seinen Erfolgsrezepten: Er hat eine Ostpolitik, deren Einbettung ins westliche Bündnis von den Westmächten ständig öffentlich bestätigt wird, während sie zugleich von Moskau gerühmt wird und mit menschlichen Erleichterungen verbunden ist. Brandt verkörpert also für viele deutsche Wähler an der Spitze der SPD/FDP heute dasselbe, was Adenauer einst an der Spitze der CDU/CSU war.

Man muß zur Ehre des Kanzlerkandidaten Barzel sagen, daß er als einziger — weil er nämlich aus der Adenauerschen CDU stammt — diese Gesetzmäßigkeit begriffen hat. Als er als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU versuchte, seine Partei aus dem Nein zu den Ostverträgen ins Ja hineinzureißen, wobei er für dieses Ja von der Sowjetunion bestimmte Zugeständnisse erwartete, wollte er sich als ein Mann profilieren, der dieselbe Ostpolitik mit größeren Erfolgchancen betreiben könnte. Obwohl selbst Moskau diesem Bedürfnis entgegenkam, folgte ihm seine eigene Fraktion schließlich nicht, sondern rettete sich in die Enthaltung. Damit hatte die CDU/CSU die Wahlen im Grunde verloren.

Das hatte für den Wahlkampf, in dem die Opposition von nun an bergan kämpfen mußte, zwei Konsequenzen. Einmal mußte sie versuchen, die Ostpolitik möglichst auszuklammern. In der Ostpolitik zeigte sich nämlich — und jetzt zum Nachteil der CDU/CSU —, daß die Bundesrepublik im politischen Klima, in der Stimmungslage und in den Entscheidungskriterien zwischen Nord und Süd geteilt ist. Was gut ist für die CSU in Bayern, für die CDU in Hessen und in Baden-Württemberg, ist schlecht für die CDU in Norddeutschland und im „neupreußischen“ Nordrhein-Westfalen. Zum anderen mußte die CDU/CSU ein Thema finden, das von der Außenpolitik möglichst unabhängig war — also Wirtschaft, Preise und Löhne. Die Lehre des jetzigen Wahlkampfes ist, daß diese Fragen nicht mehr die entscheidende Rolle spielen wie früher. Selbst wenn die Preise steigen, nimmt der Konsument das in Kauf, sofern nur die Hoffnung besteht, daß die allgemeinen Zuwachsraten der Wirtschaft früher oder später eine Kompensation auf dem Gebiete des Lohns zulassen. Daß man damit die Inflation nur verlagert — nämlich auf jene Gruppen der Bevölkerung, die Vermögensanlagen oder Sparguthaben besitzen — ist heute genau so wenig wie in anderen Ländern im Bewußtsein des Wählers verankert.

Die Kombination beider Faktoren hat der politischen Kräftegruppierung SPD/FDP eine sichere Mehrheit verschafft, mit der sie, eingegrenzt nur durch die Vorkehrungen der Verfassung, für vier Jahre — und vermutlich mehr — sicher regieren kann. Der außenpolitischen Legitimation, die die Regierung Brandt/Scheel erfahren hat und die ihr eine europäische Schlüsselrolle einräumt, steht die innenpolitische Versuchung gegenüber, den Bogen zu überspannen. Großen Mehrheiten wohnt die Tendenz inne, internen Schwierigkeiten jeweils durch einen „Sprung nach vorn“ zu begegnen. Dem muß eine hoffentlich völlig unemotionale öffentliche Wachsamkeit begegnen.

## Das Ergebnis der Bundestagswahl

Partei	1972			1969		
	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze
SPD	17 166 952	45,9	230	14 065 716	42,7	224
CDU/CSU	16 794 407	44,8	224	15 231 324	46,1	242
FDP	3 128 821	8,4	42	1 903 422	5,8	30
NPD	207 023	0,6	—	1 422 010	4,3	—
DKP	114 007	0,3	—	197 331	0,6	—
EFP	24 167	0,1	—	—	—	—
FSU	3 176	0,0	—	16 371	0,0	—
Wahlberechtigte	41 388 098			38 677 235		
Abgegebene Stimmen	37 731 983			33 523 064		
Gültige Stimmen	37 438 553			32 966 024		
Wahlbeteiligung	91,2 Prozent			86,7 Prozent		

Die Abkürzungen bedeuten: DKP = Deutsche Kommunistische Partei (verglichen mit ADF = Aktion Demokratischer Fortschritt) bei Bundestagswahl 1969, EFP = Europäische Föderalistische Partei, FSU = Freisoziale Union. Alle Stimmenangaben beziehen sich auf die Zweitstimmen. Bei der Zahl der Sitze im Bundestag sind die Berliner Abgeordneten unberücksichtigt, da ihre Stimmen bei Gesetzesabstimmungen nicht mitgezählt werden. Offenbar infolge eines Aufzählungsfehlers ergibt die Addition der offiziellen Prozentzahlen der jetzigen Wahl 100,1 Prozent.

### Lebenslange Strafe für letzten Gouverneur Pakistans

New-Delhi (dpa). Zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe hat gestern ein Gericht in Dacca den letzten Gouverneur Ostpakistans, Malik, verurteilt. Das Sondergericht fand ihn schuldig, Krieg gegen das Volk von Bangla Desh geführt zu haben. Für zwei andere Strafatabestände erging in Anbetracht des hohen Alters des Angeklagten — Malik ist 67 — kein gesondertes Urteil.

Der mit einer Osterreicherin verheiratete Malik wurde im September 1971 von dem da-

maligen pakistanischen Staatspräsidenten General Ajha Khan als Nachfolger Generalleutnants Fikka Khans in der Hoffnung zum Gouverneur Ostpakistans ernannt, daß ein Zivilist an der Spitze der Verwaltung einen Wandel in der zunehmend auf eine völlige Trennung vom Westen des Landes zielenden Haltung der Bevölkerung Ostbengalens bewirken und so die Einheit Pakistans erhalten könne. Drei Monate später brach der indisch-pakistanische Krieg aus, der mit der Unabhängigkeit Bangla Desh endete.